

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung

Kurt Schöbi, Co-Leitung

c/o SRG Deutschschweiz

Fernsehstrasse 1-4

8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 29. Juni 2023

**Dossier Nr. 9336, «Tagesschau» vom 24. Mai 2023 – «Razzia gegen
«Klimakleber» in Deutschland»**

Sehr geehrter Herr X

Mit Mail vom 24. Mai 2023 beanstanden Sie obige Sendung wie folgt:

«Der Bericht über die Klimakleber hat mich ausserordentlich aufgewühlt, vor allem im Kontext mit dem darauf folgenden Bericht über klimaneutrales Kerosin für unsere Militärflieger.

Die Gründe sind folgende:

- Der Bericht über die Klimakleber war tendenziös und hat in keiner Weise neutral gegenüber den sehr berechtigten Anliegen der Jugend berichtet. Die sehr ernste Lage wird heruntergespielt, die Opferumkehr wird angewendet (nicht die Jugend sondern die Autofahrer sind die Opfer), und die sehr berechtigten Ängste der Jugend werden weder erklärt noch ebenbürtig gewürdigt. Mehr noch, man zeigt verummte Polizisten bei der Hausdurchsuchung, wie wenn es sich um Terroristen handeln würde. Die SRF Sprecherin spricht von "Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung", und später "... mit ihrer anmassenden Selbstgerechtigkeit ...". Mit keinem Wort wird erwähnt, dass sämtliche Aktionen der Klimajugend friedlich und ohne Gewalt ablaufen, auch nicht, wenn Autofahrer handgreiflich werden, wie im Beitrag sogar gezeigt!

Dieser Bericht wird der äusserst ernsten Klimasituation und den Auswirkungen, die unsere kollektive Passivität haben wird, in keiner Weise gerecht. Man spricht dann lieber von

grünem Kerosin für Militärflugzeuge, einem absoluten Nebenschauplatz. Ausserdem wird mit keinem Wort erwähnt, dass zur Herstellung von klimaneutralem Kerosin sehr viel erneuerbare Energie gebraucht werden wird, die wir heute schlicht noch nicht haben, weil sich unsere Politiker nicht auf einen raschen Ausbau der erneuerbaren Energien einigen können, und die längst überfällige Energiewende immer weiter hinauszögern. Wobei wir wieder beim Anliegen der Klimakleber wären, die keinen anderen Ausweg mehr sehen, als mit zivilem Ungehorsam, ohne jegliche Gewalt, zu protestieren! Wie sonst kann man sich bemerkbar machen, wenn man absolut keine Macht hat?

Kurz, diese äusserst einseitige Berichterstattung ist auf das schärfste zu verurteilen und ist einem Schweizer Staatsfernsehen nicht würdig.»

Die Ombudsstelle hat sich den beanstandeten Beitrag genau angeschaut und kommt zu folgendem Schluss:

Der Beitrag wird eingeleitet mit «seit Wochen kleben sie sich auf die Strassen, blockieren fast täglich den Verkehr ... um auf die Folgen des Klimawandels aufmerksam zu machen – die Klimaaktivisten der Bewegung «Letzte Generation». Seit Wochen berichten auch die Schweizer Medien über die Bewegung «Renovate Switzerland», die allerdings weit weniger provokativ vorgeht als die deutsche Aktivistengruppe «Letzte Generation». Während beide Gruppierungen schwere Eingriffe in den Strassenverkehr begehen, stürmt nur die «Letzte Generation» Flughäfen und begeht gravierende Sachbeschädigungen. Was im beanstandeten Beitrag auch gezeigt wird. Dementsprechend sind die Berlinerinnen und Berliner inzwischen von den Blockaden grossmehrheitlich nur noch genervt. Und deshalb muss der Staat zeigen, dass er handlungsfähig ist – damit nicht irgendwann Gravierenderes geschieht. Denn wer wegen der Klimakleber im Stau steht, reagiert zunehmend gereizt. Da sind Ausschreitungen und Körperverletzungen nicht mehr ausgeschlossen. Genau das hat der «Tagesschau»-Beitrag gezeigt.

Die Aktivisten erinnern an die Dringlichkeit des Problems. Denn der Klimawandel ist spürbar. Das ist legitim und auch notwendig. Das Anliegen ist richtig, nämlich darauf zu drängen, dass die Pariser Klimaziele erreicht werden. Aber die Mittel sind es nicht. Darauf wird im beanstandeten Beitrag hingewiesen. Es ist unbestritten, dass die Bevölkerung zunehmend in Geiselhaft genommen wird, dass die Aktivisten unzweifelhaft mit kriminellen Aktionen auf sich aufmerksam machen wollen. Das ist trotz der Dringlichkeit der Klima-Problematik in einem Rechtsstaat nicht tolerierbar. Dass die militanten Klimakleber, öffentliche und private Gebäude sowie Kunstwerke beschädigen, den Verkehr und Rettungsfahrzeuge behindern, darf und muss gezeigt werden. Das hat die Korrespondentin getan. Dass sie von «anmassender Selbstgerechtigkeit» spricht, entspricht den Tatsachen, wenn man sich die Äusserungen einer Vertreterin der Bewegung «Letzte Generation» im Beitrag anhört. Gleichzeitig relativiert Frau Gubser die Aktionen dieser Gruppe, indem sie kritisiert, die Bewegung werde auf dieselbe Stufe wie «Mafiosi, Drogendealer und Terroristen» gestellt. Damit widerspricht sie genau dem Vorwurf des Beanstanders, dass es sich bei den Aktivisten um Terroristen handle.

Im beanstandeten «Tagesschau»-Beitrag geht es um einen Tatsachenbericht. Es geht hier nicht um Kerosin für Militärflugzeuge, es geht nicht um die Herstellung von klimaneutralem Kerosin, um erneuerbare Energien und um den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien. Es geht um eine Reportage, welche auf die Aktualitäten eingeht. Alle anderen Anliegen wurden und werden regelmässig in anderen Formaten und Beiträgen von SRF aufgegriffen.

Wir können deshalb keinen Verstoß gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes erkennen und lehnen die Beanstandung ab.

Wir hoffen, dass Sie trotz Ihrer Kritik dem öffentlichen Sender treu bleiben. Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz